Heute „Technische Rundschau"

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer 60 M.

Erscheint wöchentl. zwölfmal. Illustr. Gratis-Wochenschriften: Sonntags „Der Weltspiegel", Dienstags „Modenspiegel", Mittwochs „Technische Rundschau", Donnerstags „Sportspiegel", Freitags Bilderblatt „U.T.A.", Sonnabends „Haus hof Garten". Man abonniert bei all. Postanstalt. Deutschlands, Deutsch-Oesterreichs, d. Tschechoslowakisch. Staates, Ungarns, d. Schweiz, Luxemburgs, Belgiens, Frankreichs, d. Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Finnlands, Lettlands, Estlands; f. alle übrig. Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch d. Exped. d. Bl. möglich. Bezugspreis: Für den Monat Januar in Groß-Berlin M. 2000.— frei Haus, außerh. M. 2000.— ausschl. Postzustellg., Ausland ausschl. Postaufschlag bzw. Kreuzbandporto. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entspr. Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46—49 u. den Filialen. (Fernspr.: Dönhoff 9440—9455, für den Fernverkehr 4297—4299.) Telegr.-Adr.: „Berliner", Berlin. — Rudolf Mosse-Code. Anzeigenpreis: Die 1gespalt. Zeile M. 700.—, Familien-Anzeigen M. 250.—, Nachrufe nach üblich. Tarif. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben od. an bestimmten Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46/49. Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 33; Zimmerstr. 59; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenick. Str. 67/68; Rathenow. Str. 3; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhanstr. 9; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286 u. 346; Bülowstr. 69; Fidicinstr. 9; Wiener Str. 1/6; Greifswalder Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2; Kantstr. 34; Scharrenstr. 39; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Straße 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Straße 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krillstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau, Schweidnitzer Str. 21/22; Köpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 29; Spandau: Breite Straße 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 15 (Ausgabe für Berlin) und Handels-Zeitung Mittwoch, 10. Januar 1923 52. Jahrgang

Der Reichspräsident an die Ruhrbevölkerung.

„Bleibt treu, fest und besonnen!"

Der Reichspräsident hat an die Bevölkerung des von der neuen Besetzung bedrohten Gebiets folgenden Aufruf gerichtet, der durch öffentlichen Anschlag verbreitet wurde:

Mitbürger!

Gestützt auf militärische Gewalt, schickt sich fremde Willkür an, erneut das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes zu verletzen; abermals erfolgt ein Einbruch unserer Gegner in deutsches Land. Die Politik der Gewalt, die seit dem Friedensschlusse die Verträge verletzt und die Menschenrechte mit Füßen tritt, bedroht das Kerngebiet der deutschen Wirtschaft, die Hauptquelle unserer Arbeit, das Brot der deutschen Industrie und der gesamten Arbeiterschaft. Die Ausführung des Friedensvertrages wird so zur absoluten Unmöglichkeit, und zugleich werden die Lebensbedingungen des schwer leidenden deutschen Volkes noch weiterhin zerrüttet.

Der Vertrag von Versailles sollte den Völkern den ersehnten Frieden bringen. Was hier geschieht, ist aber Fortsetzung des Unrechts und der Gewalt. Es ist Vertragsbruch, angetan einem entwaffneten und wehrlosen Volke. Deutschland war bereit, zu leisten, soweit seine Kraft reicht. Trotzdem wird es nun überfallen. Diesen Gewaltakt klagen wir an vor Europa und der ganzen Welt; laut erheben wir unsere Stimme, daß hier fremde Macht das heilige Recht des deutschen Volkes am eigenen Boden, sein Recht zum Leben vergewaltigt.

Nun sollt Ihr für das ganze deutsche Vaterland das harte Los der Fremdherrschaft erleiden; harrt aus in duldender Treue, bleib fest, bleibt ruhig, bleibt besonnen! Im Gefühle unseres guten Rechts tretet in ernster Würde den fremden Gewalthabern entgegen, bis der Morgen tagt, der dem Recht seinen Platz, Euch die Freiheit gibt. Wir aber geloben Euch Treue und Hilfe, unsere rastlose Sorge wird es sein, und nichts soll ungeschehen bleiben, die Dauer der Fremdherrschaft abzukürzen, Eure Not zu lindern und den Weg zu einem wahren Frieden zu finden. An deutschem Gemeinsinn und opferfreudiger Vaterlandsliebe werden die fremden Machtpläne zerschellen.

Haltet alle Zeit hoch die deutsche Einheit und unser gutes Recht!

Berlin, 9. Januar 1923.

Der Reichspräsident Ebert. Der Reichskanzler Cuno.

Der Aufmarsch der französischen und belgischen Truppen.

Beginn der Besetzung voraussichtlich heute früh.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Essen, 9. Januar.

Die Vorbereitungen zum Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet sind nach zuverlässigen Mitteilungen aus dem besetzten Gebiet vollständig zum Abschluß gelangt. **Die Zahl der französischen Truppen, die in Marsch gesetzt werden sollen, läßt sich aus bestimmten Anforderungen der Besatzungsbehörden im besetzten Gebiet auf etwa 40 000 berechnen.** Die Spitzen der französischen Besatzungstruppen werden für morgen früh in Essen erwartet, während das Gros im Laufe des morgigen Tages hauptsächlich auf der Eisenbahn folgen wird. Eine Ausdehnung der Besetzung auf Bochum und Dortmund ist anscheinend vorläufig nicht zu erwarten. Sie wird sich vielmehr vorläufig auf Mülheim und Essen erstrecken. Es soll aber ein Geheimbefehl vorliegen, nach dem auch Gelsenkirchen und Bochum besetzt werden sollen, doch ist dies erst als ein weiteres Druckmittel gegenüber dem Deutschen Reiche gedacht.

Die ersten Truppen, die für den Einmarsch in das Ruhrgebiet bestimmt sind, sind bereits am 7. Januar auf den Grenzbahnhöfen des besetzten Gebietes entladen worden. Ein größerer Teil der Schutzpolizei wird bei dem Heranrücken der Franzosen aus Essen zurückgezogen. Die Vorbereitungen hierzu sind im Gange. Man rechnet damit, daß nach dem Einmarsch der Franzosen zunächst der Telegraphen- und Telephonverkehr gesperrt werden wird.

Düsseldorf, 9. Januar.

Die Aufmarschbewegungen der Franzosen und Belgier werden im ganzen Sanktionsgebiet planmäßig fortgesetzt. Die Stadt Neuß und der Bahnhof ist **von belgischen Truppen besetzt.** Posten mit aufgepflanzten Gewehren stehen vor den Wartesälen, die für das Publikum gesperrt sind. Auch verschiedene Schulen sind bereits mit Truppen belegt worden. In der vergangenen Nacht sind vier Züge mit Militär über Duisburg weitergeleitet worden, und zwar drei nach Oberhausen und ein Zug nach Mülheim-Speldorf.

In Duisburg sind fünf Generale mit ebensoviel Stäben neu eingetroffen, für die die Stadtverwaltung Wohnungen und Bureaus beschaffen mußte. Die Stellwerke, die für einen Vormarsch in Frage kommen, sind militärisch besetzt. Alle Ortschaften zwischen Duisburg und Düsseldorf sind in der vergangenen Nacht mit neuen Truppen belegt worden. Ueberall wurden große Einquartierungen von Kavallerie, Artillerie und Infanterie vorgenommen. In Düsseldorf ist an sämtliche Besitzer von Kraftwagen von der französischen Kommandantur der Befehl ergangen, ihre Wagen mit gefüllten Benzin- und Oelbehältern vor die Kaserne „Napoleon" zu fahren, wo sie für die französische Rheinarmee requiriert werden. Die Automobilbesitzer, die diesem Befehl nicht Folge leisten, müssen mit Beschlagnahme ihrer Wagen rechnen.

Marokkaner im Anmarsch.

38 Züge mit französischen Truppen unterwegs.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Frankfurt a. M., 9. Januar.

Von Wiesbaden und Mainz aus haben sich größere Truppenmassen in der Richtung auf das Ruhrgebiet in Bewegung gesetzt. Besonders auffallend ist die **große Zahl marokkanischer Truppen,** die auf dem Marsch nach Norden sich befinden.

Frankfurt a. M., 9. Januar. (W. T. B.)

Wie die „Frankfurter Zeitung" aus Trier meldet, sind am Sonntag abend die Zollämter an der luxemburgischen Mosel durch Spahis besetzt worden. Die deutschen Zollwächter wurden weggeschickt. Im Verlaufe des Tages gingen 24 Züge ins Ruhrgebiet ab. Wie verlautet, sollen 45 000 Mann, in der Hauptsache Spahis, in die Rheinprovinz einrücken.

Essen, 9. Januar. (W. T. B.)

Wie von zuverlässiger Seite verlautet, sind von Mainz **38 Züge mit französischen Truppen unterwegs** und laufen seit gestern nachmittag auf den Stationen Ratingen-Ost, Mülheim-Speldorf, Duisburg-Hauptbahnhof und Duisburg-Hochfeld-Süd ein. Der Personen- und Güterverkehr hat bisher keine Stockung erfahren.

Der französische Aktionsplan.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 9. Januar.

Ueber die beabsichtigten Sanktionen schreibt der „Temps": „Heute ist es möglich, einiges über die Maßnahmen zu sagen, die die französische Regierung im Hinblick auf die Besetzung eines Teiles der Ruhr getroffen hat. Unter diesen Maßnahmen sind die einer Ueberwachung und Kontrollierung gewisser Werke, namentlich in Essen, zu erwähnen. Techniker, Bergingenieure und andere Beamte stehen unter Oberleitung des Generalinspekteurs Coste bereit und warten in Düsseldorf auf den Befehl des Generals Degoutte, zu dessen Verfügung sie sich gestellt haben. Belgische und italienische Ingenieure werden bald zu ihnen stoßen. Andererseits sind die Freiwilligen aus der neunten Sektion des Feldeisenbahndienstes aufgeboten worden, die fürs Rheinland bestimmt sind; sie sollen in dem besetzten oder noch zu besetzenden Gebiet Verwendung finden. Militärische Maßnahmen zum Schutze der technischen Beamten sind gleichfalls vorgesehen. Der Oberkommandierende der Besatzungstruppen, General Degoutte, hat sich von Mainz nach Düsseldorf begeben." Die „Liberté" geht ein wenig auf die Einzelheiten ein und erfährt unter anderem, daß zwei belgische Divisionen sich mit den Rheintruppen vereinigen werden. Während der „Temps" über die militärischen Dinge hinweggleitet, schildert die „Liberté" gerade diese Einzelheiten mit besonderer Ausführlichkeit. Die „Liberté" erwähnt auch die Methode, die zur „Beruhigung der Bevölkerung" angewandt werden soll. Große Vorräte an Lebensmitteln werden mitgeführt, die „nach Notwendigkeit" verteilt werden sollen! Damit soll der Beweis erbracht werden, daß die französische Regierung die deutsche Bevölkerung nicht beunruhigen, sondern nur die deutsche Regierung zur Erkenntnis des Ernstes der Lage bringen will (!)."

Die wirtschaftlichen Folgen.

Essen das Zentrum der Kohlenverteilung. — Der voraussichtliche Rückgang der Produktion. — Die deutsche Wirtschaft französischer Willkür preisgegeben.

Von

Erich Dombrowski.

Das Bestreben Frankreichs, die politische Einheit und die wirtschaftlichen Grundlagen Deutschlands systematisch zu zerstören, ist unverkennbar. Jede Zeile des Versailler Friedensvertrages läßt das deutlich erkennen. Mehr noch die französische Politik seit dem Friedensschluß. Die Bemühungen, das linke Rheinufer politisch zu unterminieren und es zunächst aus dem preußischen Staatsverbande zu lösen, sind ununterbrochen bis zum heutigen Tage fortgesetzt worden. Als die Reichsregierung dann das Londoner Ultimatum mit seinen gänzlich unerfüllbaren Reparationsforderungen vor eindreiviertel Jahren nicht gleich annahm, besetzten französische Truppen und Wirtschaftsvertreter Duisburg, Düsseldorf und Ruhrort, und sind, obwohl das Kabinett Wirth, nach dem Rücktritt des Herrn Fehrenbach, das Ultimatum schließlich als das kleinere Uebel annahm, bis zur Stunde nicht aus diesem Sanktionsgebiet hinausgegangen. Ein halbes Jahr später sorgte der französische Einfluß im Völkerbund dafür, daß der ökonomisch wichtigste Teil Oberschlesiens, das heißt dreiviertel der oberschlesischen Kohlenförderung, den Polen zugesprochen wurde, wiewohl die Volksabstimmung gegen sie entschieden hatte. Nunmehr reiht sich als ein weiteres Glied dieser Kette der Vormarsch französischer Soldaten und Ingenieure auf das Ruhrgebiet an, um die Hand an die Gurgel des deutschen Wirtschaftszentrums zu legen. Unmittelbar danach wird Poincaré auch noch deutsche Staatsforsten auf der linken Rheinseite mit Beschlag belegen, um sie sich als „Pfand" für die Wiedergutmachungsforderungen zu sichern. Später soll dann eine Finanzkontrolle folgen, die die deutsche Regierung und das Parlament ihrer Souveränität entkleiden und an ihre Stelle den Machtspruch des interalliierten Kontrollorgans setzen soll: welche Ausgaben für allgemein politische, wirtschaftliche und kulturelle Aufgaben zu unterbleiben haben, welche Einnahmen durch neue Steuern zu steigern und welche Gesetze dementsprechend einzubringen und zu verabschieden sind. Hat Frankreich das alles durchgesetzt, dann hat es das erreicht, was es von vorneherein wollte: Wenn Deutschland sich, unter dem ungeheueren Druck wirtschaftlicher und politischer Nöte, nicht wie einst, nach dem westfälischen Frieden, in lauter einzelstaatliche Atome auflöst, dann es doch wenigstens zu einer Kolonie zu machen, die, politisch und wirtschaftlich völlig ohnmächtig, lediglich für den Sieger zu fronden hat.

Heute haben wir uns nur damit zu beschäftigen, welche Folgen die ganze oder teilweise Besetzung des Ruhrgebietes für die deutsche Volkswirtschaft haben würde. Da wir im Augenblick noch nicht wissen, wie weit die Okkupationsabsichten Frankreichs gehen, läßt sich diese Frage vorläufig nur allgemein beantworten.

*

Abgesehen von der relativ geringfügigen Kohlenproduktion in dem uns verbliebenen Restbezirk Oberschlesiens und im sächsischen Gebiet Zwickaus wird die deutsche Wirtschaft ausschließlich aus dem Ruhrrevier mit schwarzer Kohle gespeist. Bezifferte sich hier die gesamte Kohlenförderung im letzten Friedensjahre, also 1913, auf 114 Millionen Tonnen, so in dem eben abgeschlossenen Jahre 1922 bloß auf 97 Millionen. Das sind nur vier Fünftel gegenüber dem einstigen Produktionsstande, wenn auch seit 1919 mit seiner Förderung von nicht ganz 71 Millionen Tonnen in den letzten drei Jahren unverkennbare Fortschritte zu verzeichnen waren. Zum Teil ist das auf die starke Vermehrung der Arbeiterzahl (über hunderttausend Mann mehr als 1913), auf den gesteigerten Bau von Wohnungen, auf den Ausbau der technischen Wiederinstandsetzung und auf die zeitweilige Mehrarbeit zurückzuführen. Diese aufwärts führende Kurve der Kohlenförderung, die nur mit vieler Mühe und höchster Anspannung der Kräfte erzielt werden konnte, wird jetzt, durch den brutalen französischen Eingriff, jäh unterbrochen werden. Da die Pariser Regierung auch eine große Anzahl von Ingenieuren mobil gemacht hat, scheint sie einen unmittelbaren Einfluß auf die Produktion nehmen zu wollen. In welcher Art und in welchem Umfange, läßt sich zurzeit natürlich noch nicht übersehen. Aber die Vorgänge im Saargebiet geben doch schon ein Beispiel für die industrielle Eroberungspolitik Frankreichs. Die Franzosen nahmen die staatlichen Saargruben in Verwaltung, zwangen, durch allerlei Mittel, den privaten Kohlenbesitz, ihnen weitgehende Beteiligung einzuräumen, und übten auch sonst eine intensive Kontrolle über die ganze Kohlenproduktion aus. Und der Erfolg? Im letzten Friedensjahre förderten die Saargruben über 15 Millionen Tonnen Kohle. 1921 nur 9½ Millionen Tonnen. (Die Zahlen für das hinter uns liegende Jahr liegen noch nicht vor.) Trotz vermehrter Beamtenzahl war also das Ergebnis vierzig Prozent geringer. Die Befürchtungen für eine ähnliche und wahrscheinlich noch viel katastrophalere Rückentwickelung der Kohlenförderung im Ruhrgebiet sind daher nur allzu be-